

Hans-Jürgen Schröder, Das Parlament, 3./10. August 2001

Zerreißprobe auch für den Westen

Die dramatischen Hintergründe nach dem Mauerbau

Der 13. August 1961 ist in der deutschen Geschichte ein tiefer Einschnitt. Mit dem Mauerbau schien jede Hoffnung auf Wiedervereinigung zerstört. Wie kam es zum Mauerbau? Wie reagierten die beteiligten Mchte? Diese Fragen stehen im Zentrum der von Rolf Steininger vorgelegten Studie.

Die Untersuchung des Innsbrucker Historikers setzt bereits mit dem Chruschtschow-Ultimatum vom November 1958 ein. Dies war der Auslöser der Berlin-Krise, die in mehreren Zuspitzungen bis zum Frühsommer des Jahres 1963 andauerte. Genesis und Verlauf der Krise werden anhand umfangreicher Archivforschungen analysiert und klar gegliedert präsentiert. Der Schwerpunkt liegt auf der Rekonstruktion der amerikanischen und britischen Berlin- und Deutschlandpolitik im Kontext des Ost-West-Konfliktes.

Die Westmächte standen vor dem Problem, wie ihre Rechte gewahrt werden und zugleich der Krisenherd Berlin entschärft werden konnte. Die Beschäftigung mit dieser Frage zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Der amerikanische Prsident John F. Kennedy hatte im Juli 1961 seine drei „essentials“ für Berlin formuliert und zugleich ein gigantisches Rstungsprogramm angekündigt. Die sowjetische Antwort waren die am 13. August eingeleiteten „Abspermanahmen“.

Die Konfrontation amerikanischer und sowjetischer Panzer am Checkpoint Charlie verdeutlichte die Gefährlichkeit der Krise. Um die Gefahr einer Auseinandersetzung zu eliminieren, wollten Amerikaner und Briten nach dem Mauerbau, so Steininger, „beinahe um jeden Preis“ mit den Sowjets über die „neuen Realitäten“ verhandeln. Die Suche nach Lösungen hat vor allem in den britischen Kanzleien eine Flut von Memoranden produziert, darunter auch den abenteuerlichen Gedanken, die Aufgabe West-Berlins durch einen Bevlkerungstausch zu ermöglichen. Während man derartige Einzelpläne noch als Skurrilitt abbuchen kann, vermittelt die von Steininger belegte Grundhaltung Londons eine deprimierende Einsicht: Die britische Regierung war prinzipiell gegen eine Wiedervereinigung. Für Steininger ist das „auch aus heutiger Sicht noch ein Skandal. Schließlich hatte sie sich vertraglich zu einer Wiedervereinigungspolitik verpflichtet“ (S. 360).

Feste Haltung der USA

Die Dominanz westlicher Entscheidungen lag allerdings bei der amerikanischen Regierung, die an der Wiedervereinigung als Zielperspektive zumindest prinzipiell festhielt, auch wenn man für die nahe Zukunft keine realistischen Chancen sah. Daher versuchte Washington im September 1961 der Regierung Adenauer klar zu machen, dass man sich jetzt auch in Bonn mit den Realitäten abfinden müsse. „Im Interesse des Ost-West-

Friedens“ sollte die Bundesregierung Angebote machen; es gehe „um die Oder-Neisse-Linie als Grenze, um die Anerkennung Pankows, um Berlin als eine Freie Stadt“ (S. 362).

Zu derartigen Konzessionen war Adenauer nicht bereit. Die amerikanische und die westdeutsche Position erwiesen sich als unvereinbar. Die daraus resultierenden Spannungen mit den USA haben dann Adenauers Hinwendung zu de Gaulle verstärkt. Sichtbarer Ausdruck ist der deutsch-französische Vertrag vom Januar 1963.

In den britischen und amerikanischen Akten und auch bei Steininger erscheint Adenauer als der störrische alte Mann, der sich gegen den Strom der Zeit stemmte. Allerdings hat die starre Haltung Adenauers möglicherweise dazu beigetragen, vorschnelle Konzessionen und Festlegungen in der deutschen Frage zu verhindern. Nach einer Phase der harten Konfrontation begannen Washington und Moskau tatsächlich, sich zu arrangieren. Das Atomteststopp-Abkommen vom Sommer 1963 macht dies deutlich. Mit Willy Brandts Ostpolitik wurden „die neuen Realitäten“ in und um Deutschland und Europa dann anerkannt, allerdings nicht generell „festgeschrieben“, wie Steininger formuliert (S. 356).

Das Buch ist in jeder Hinsicht eine spannende und anregende Lektüre und jedem zu empfehlen, der sich für zeitgeschichtliche Fragen interessiert. Gute Lesbarkeit und pointierte

Stellungnahmen des Autors ergänzen einander. Die Archivfunde über die vier Jahrzehnte zurückliegenden Ereignisse bieten neue und zum Teil brisante Informationen. Diese vermitteln überdies Erkenntnisse für die Gegenwart. Gute transatlantische Beziehungen sind kein Selbstläufer. Sie bedürfen der ständigen politischen Pflege, um divergierende Interessen rechtzeitig auf einen Nenner zu bringen.

Schließlich beeindruckt die Darstellung Steiningers nicht zuletzt auch deshalb, weil sie die dramatischen Elemente der deutschen Frage dokumentiert. Angesichts der aus der Berlinkrise resultierenden internationalen Konstellationen und namentlich der Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung erscheint es wie ein Wunder, dass die deutsche Einheit 1990 verwirklicht werden konnte.